

# Neues Eisenbahnattentat rotspanischer Deserteure

Paris, 21. Februar. Nach dem vor einigen Tagen verübten Eisenbahnattentat bei St. Etienne, dessen Urheber rotspanische Deserteure waren, die von der Polizei verhaftet werden konnten, meldet der „Petit Parisien“, daß ein neuer verübter rotspanischer Eisenbahnattentat auf die Linie Clermont-Ferrand-Nîmes verübt worden ist.

Zwei Kilometer vom Bahnhof von Courdes entfernt haben bisher unerkannt gebliebene Verbrecher fünf schwere Eisenbahnstahlschrauben in eine Weiche geklemmt. An dieser Stelle führt die Eisenbahnlinie auf einem fünf Meter hohen Dam in einem großen Bogen über den Fluß Allier. Glücklicherweise entgleiste der erste diese Strecke befahrende Personenzug nicht, weil die Lokomotive die Schraubenbolzen zur Seite schob. Eine Entgleisung an dieser Stelle hätte ein unabsehbares Unglück herbeiführen können. Als Täter kommen auch hier rotspanische Deserteure in Frage, die häufig dreister und frecher auftreten und sich immer mehr zu einer schweren Landplage auswachsen. Polizei und Gendarmerie verfolgen bereits eine bestimmte Spur.

Warschau, 22. Februar. (Fig. Funkm.) Mit dem Problem der rotspanischen Flüchtlinge auf französischem Boden beschäftigt sich der rechtsdenkende „Dziennik Narodowy“. Diese Volkshewisten auf französischem Boden bilden, so schreibt das Blatt, nicht nur eine Gefahr für Frankreich, sondern auch eine Frage von großer politischer Bedeutung für ganz Westeuropa.

Die Ablehnung der Sowjetunion, die spanischen Volkshewisten bei sich aufzunehmen, und das sehr bezeichnende Stillschweigen maßgebender bolschewistischer Kreise in dieser Angelegenheit, seien ein Zeichen dafür, wie die Komintern und das mit ihr verbündete jüdisch-freimaurerische Lager diese Flüchtlinge zu verwenden gedenken. Weiter sei das ein Beweis dafür, daß man von dieser Seite noch nicht die Hoffnung aufgegeben habe, sie nach der rotspanischen Niederlage im Westen einzuführen.

Das Warschauer Blatt macht schließlich den Vorschlag, diese Bräutraner der kommunistischen Revolution in einem abgelegenen Winkel der französischen Kolonien unterzubringen.

## „Times“ wünscht baldige Entscheidung Frankreichs herbei

London, 22. Februar. Der Pariser Korrespondent der „Times“ gibt ziemlich unerbittlich zu, daß Bérard bei seinen Verhandlungen mit der Franco-Regierung bisher nichts hat erreichen können. Er schreibt nämlich, es sei klar, daß es Bérard bisher nicht gelungen sei, von der Franco-

Regierung irgend welche „Zusicherungen“ zu erlangen. Das äußerste, das erreichbar scheint, sei eine Wiederholung von Francos früheren Erklärungen, ein starkes und unabhängiges Spanien zu schaffen. Auch von der heutigen Aussprache mit Jordana erwarte man keine weiteren Zugeständnisse. Unter diesen Umständen werde die französische Regierung, wenn Bérard mit seinem endgültigen Bericht zurückkehre, sich entscheiden müssen, ob sie Franco, wie er es fordere, bedingungslos anerkennen wolle.

## Neuer Reinfall margittlicher Heißblüter

### Einem Fastnachtschurz zum Opfer gefallen

Paris, 22. Febr. (Fig. Funkm.) Französische Heißblüter, vor allem der sozialdemokratische „Populaire“, und im trauten Verein mit ihnen natürlich Madame Laboulaye, haben sich wieder einmal unerbittlich blämiert. In sensationeller Aufmachung verbreiteten sie ausführliche Auszüge oder gar den Wortlaut zweier Denkschriften, die ein Marquis de Canada Hermosa im Namen eines spanischen Monarchistenverbandes (Association Monarchiste Espagnol) verfaßt haben soll. Schon die oberflächliche Prüfung der Meldung hätte die Verbreiter stutzig machen müssen, denn den Titel eines Marquis de Canada Hermosa hat es im spanischen Adel nie gegeben. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es sich bei den beiden Denkschriften nicht einmal um eine Fälschung, sondern sogar um einen Fastnachtschurz handelt.

Diese Feststellung hat in der heutigen Pariser Morgenpresse ein homerisches Gelächter ausgelöst, und Madame Laboulaye — sowie der „Außenpolitiker“ des „Populaire“ sind die Zielobjekte zahlreicher, zum Teil recht boshafter Witze. Eine Haarspaltung, nach der in Pariser nationalspanischen Kreisen erklärt wird, daß ein spanischer Monarchistenverband überhaupt nicht existiere und daß sich hinter der fragwürdigen Persönlichkeit eines Marquis de Canada Hermosa in Wirklichkeit ein in London lebender spanischer Staatsangehöriger verberge, der sich den großspurigen Namen eines Herzogs von Mendes-Sevilla beigelegt habe, wurde leider erst so spät nachs verbreitet, daß sie bisher noch nicht zu der allgemeinen Belustigung beitragen konnte.

Dem „Populaire“ ist es sichtlich peinlich, daß er auf diese Entdeckung verfallen ist. Trägheit verleiht er, sich durch eine Anheftung unverständlicher Phrasen und Behauptungen aus der Affäre zu ziehen. Inzwischen scheint die sozialdemokratische Zeitung einem zweiten Fastnachtschurz zum Opfer gefallen zu sein, denn heute veröffentlicht sie in großer Aufmachung den Wortlaut eines Telegramms aus Saint Jean de Luz, in dem es heißt, der Marquis de Canada Hermosa sei trotz seines hohen Alters von 72 Jahren am Montag in San Sebastian verhaftet und in Burgos ins Gefängnis gebracht worden.

Die außenpolitische Mitarbeiterin des „L'œuvre“ hält sich nach den neuesten Entdeckungen über den Wert ihrer Meldungen über die Denkschriften in betretenes Schweigen.



## Was geht in Madrid vor?

Nach den letzten Meldungen ist es in Madrid zu einem Aufstandserprobung der Bevölkerung gekommen. Die roten Sturmtruppen gingen jedoch mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen große Ansammlungen von Frauen vor, die die sofortige Übergabe der Stadt forderten. Es gab dabei zahlreiche Tote. Unser Bild zeigt den jetzigen Zustand in den Straßen von Madrid, die zum Teil zu regelrechten Festungen ausgebaut worden sind. Man sieht den durch Sandbagbarrikaden geschützten Eingang der Banco de Vizcaya.

(Associated-Press-M.)

## Nach der Massenversammlung des Amerika-Deutschen Volksbundes

# Merkwürdige Freiheitsbegriffe im „Land der Freiheit“

Newport, 21. Febr. Die gesamte amerikanische Presse bringt heute mit zahlreichen Bildern versehen Berichte über die Massenversammlung des Amerika-Deutschen Volksbundes. Bei den Angriffen des jüdisch-kommunistischen Böbels auf die Polizei am Rand der Bannmeile wurden, wie nunmehr feststeht, zehn Personen, darunter fünf Polizisten, verletzt. Dreizehn Demonstranten wurden verhaftet.

Inzwischen ist auch der Judenlärmel Jidior Grünbaum, der bekanntlich einen Anschlag auf den Bundesführer Kuhn versuchte, abgeurteilt worden. Man hatte ihn lediglich wegen „unordentlichen Betragens“ in Haft genommen. Dementprechend fiel jetzt auch die Strafe aus. Jidior Grünbaum erhielt ganze zehn Tage Gefängnis! — Die berühmte Heptaliterin Dorothy Thompson, die bei Beginn der großen Versammlung wegen ihres hysterischen Geschreies an die Luft geistert werden mußte, benutzte die Gelegenheit, um sich ihrem Publikum wieder einmal in gebührender Erinnerung zu bringen. In einem spaltenlangen Interview in der „Herald Tribune“ befragt sie sich über „Vererbung verfassungsmäßiger Rechte“ und zeternd darüber, daß sie von Polizisten aus dem Saal befördert worden sei, die „von den von ihr gezahlten Steuern lebten“!

Eine Meldung der „Associated Press“ aus Washington zeigt klar und deutlich, wie sich gewisse Kreise im „Land der Freiheit“ die Freiheit eigentlich denken. Es heißt darin, Kongreßkreise erörtern die Frage, ob derartige öffentliche Veranstaltungen zukünftig gebildet werden sollten. Der Sprecher des Bundesrats, Banthead, habe diese Frage verneint und empfohlen, alle diejenigen, die „unamerikanische Agitation“ betreiben in Zwangsarbeitslagern unterzubringen! Ein Mitglied des Senatsausschusses für Einwanderung, Hollman, wiederum habe der Meinung Ausdruck gegeben, daß durch die Newporter Zwischenfälle die Frage aufgeworfen werde, ob nicht zweckmäßigerweise die gesamte Einwanderung eingestellt werden sollte, bis Amerika die bereits im Lande befindlichen „unverträglichen Elemente assimiliert“ habe.

gestrige Kundgebung des Amerika-Deutschen Volksbundes, um gegen ihr eigenes Ideal Sturm zu laufen. Zahlreiche kommunistische und margittliche Organisationen schickten Vertreter zu Baguardia mit „bitteren Beschwerden“ darüber, daß er diese Kundgebung erlaubt habe.

Am aufschlußreichsten war dabei der Einspruch einer kommunistischen Abordnung, die am Mittwoch im Rathaus erschien, um Baguardia daran zu erinnern, daß die Kommunisten bei den letzten Wahlen für ihn gestimmt hätten, und daß sie ihm nunmehr „Verrat am gemeinsamen Ziel“ vorwerfen müßten.

## Juda bürgt füreinander

### Grünbaum wieder auf freiem Fuß — Sowjetagent in der Versammlung des Amerika-Deutschen Volksbundes

Newport, 22. Febr. Der Jude Grünbaum, der bekanntlich nach seinem tätlichen Angriff auf den Führer des Amerika-Deutschen Volksbundes, Fritz Kuhn, am Montag verhaftet und im Schnellverfahren zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist am Dienstagabend wieder freigesessen worden. Eine jüdische Organisation hatte für ihn Bürgschaft geleistet und die Geldstrafe bezahlt.

Wie nachträglich bekannt wird, befand sich unter den am Montag wegen Störungsvorfällen Verhafteten auch ein gewisser Eflin Braden, dessen Verurteilung auf Donnerstag verhängen werden mußte. Der Verhaftete gab an, nur die russische Sprache zu beherrschen, so daß das Gericht, das keinen Dolmetscher zur Hand hatte, die Verhandlung aussetzen mußte. Diese Tatsache deutet darauf hin, daß auch hier wieder erst kürzlich ins Land gekommene sowjetrussische Agenten am Werke waren.

## Abfuhr für einen hysterischen Kriegsbeher

### Der Vorsitzende des USA-Marineauschusses droht den autoritären Staaten — Senator Reynolds erteilt die richtige Antwort

Washington, 22. Februar. (Fig. Funkm.) Im Verlauf der gestrigen Unterhausdebatte über die 63-Mil.-Dollar-Vorlage zur Errichtung neuer Flottenstützpunkte, worunter sich auch die Insel Guam befindet, erklärte der Vorsitzende des Marineauschusses, Vinson, Amerika halte es für notwendig, gegenüber den autoritären Staaten eine „bestimmte Sprache“ zu sprechen. Die USA geben hiermit der Welt Bescheid, daß sie sich niemals zurückziehen lassen werden. (1) Auf eine Einwendung des Abgeordneten Jiff, daß Guam der Doldr an der Kette Japans sei und seine Befestigung den kürzesten Weg zum Krieg bedeuten würde, entgegnete Vinson, die strategische Lage der Insel im westlichen Stillen Ozean bedinge ihren unschätzbaren Wert als Verteidigungsbasis der USA-Flotte.

Als im Verlauf der Senatsdebatte das Wort „Angreifernationen“ fiel, führte Senator Reynolds aus, daß von allen sogenannten „Angreifernationen“ England die größte und blutigste sei. Es sei eine Unverschämtheit und Ironie, wenn gerade die Engländer mit dem Finger auf die Groberung Abyssiniens durch Mussolini hinweisen würden.

des Marineauschusses, Vinson, Amerika halte es für notwendig, gegenüber den autoritären Staaten eine „bestimmte Sprache“ zu sprechen. Die USA geben hiermit der Welt Bescheid, daß sie sich niemals zurückziehen lassen werden. (1) Auf eine Einwendung des Abgeordneten Jiff, daß Guam der Doldr an der Kette Japans sei und seine Befestigung den kürzesten Weg zum Krieg bedeuten würde, entgegnete Vinson, die strategische Lage der Insel im westlichen Stillen Ozean bedinge ihren unschätzbaren Wert als Verteidigungsbasis der USA-Flotte.

Als im Verlauf der Senatsdebatte das Wort „Angreifernationen“ fiel, führte Senator Reynolds aus, daß von allen sogenannten „Angreifernationen“ England die größte und blutigste sei. Es sei eine Unverschämtheit und Ironie, wenn gerade die Engländer mit dem Finger auf die Groberung Abyssiniens durch Mussolini hinweisen würden.

## „Der unmoralische Chamberlain“

### Jetzt wird auch Chamberlain von den USA-Kriegsbeyern berunglimpft

Washington, 21. Februar. Es ist sehr bezeichnend, daß neuerdings auch scharfe Angriffe gegen Chamberlain und dessen Politik erhoben werden. In einem über mehrere amerikanische Rundfunksender verbreiteten Vortrag richtete Senator Pittman gestern abend von neuem heftige Angriffe gegen Deutschland, Italien und Japan. Pittman bemängelte auch die Befriedigungspolitik Chamberlains und erklärte, diese sei nicht nur erfolglos, sondern sei letzten Endes sogar destruktiv und unmoralisch. Durch die Politik Chamberlains sei die Hinrichtung des Oßers nur um wenige Tage aufgeschoben worden. Die Befriedigungspolitik Chamberlains habe den Ehrgeiz der totalitären Mächte geradezu ermuntert. Dieser Ehrgeiz werde, wenn man ihm nicht Einhalt gebiete, zu dem verheerendsten Kriege der Weltgeschichte führen.

Der englische Ministerpräsident wird über diese Anerkennung seiner Befriedigungspolitik, die ihm von den angelsächsischen Brüdern in USA gesendet wird, gewiß hoch erfreut sein.

## Ein angelsächsischer Krieg würde Frankreich zur Schlachtbank führen

Mailand, 22. Febr. (Fig. Funkm.) Die Turiner „Gazzetta del Popolo“ stellt in einem Beiratsstück über die Haltung der französischen Politik fest, daß die Methoden dieser Politik vor allem für Frankreich selbst außerordentlich gefährlich seien. Die Welle der Kriegspopuläre, die unter dem Druck Rooseveltis und der imperialistischen Winderwelt in den Vereinigten Staaten aufschwolle, bedrohe viel weniger Deutschland oder Italien als Frankreich, das vor allem den Wunsch nach Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes habe. Frankreich sei weit davon entfernt, sich für irgendeinen großen mythischen Bebanen oder einen großen Plan der Weltreform aufzuopfern, es wolle nur die bevorrechtigte Stellung aus seiner Vergangenheit erhalten und mache deshalb seit Monaten alle Anstrengungen, um sich die angelsächsischen Hilfe, sowohl die englische als auch die amerikanische, zu sichern. Deshalb suche Frankreich den angelsächsischen Kampfsgeist wachzuhalten, die Phantasie der Leute in England und Amerika aufzuwecken und ein englisches und amerikanisches Eingreifen in Europa sicherzustellen.

Wer die französische Politik begehe einen Irrtum, denn die angelsächsischen Völker hätten jene imperialistischen Triebe und eine Missionsidee, die Frankreich nicht mehr besitze. Wenn sich die angelsächsischen Völker durch die französische Propaganda zu einer entschieden feindlichen Haltung gegen die autoritären Staaten organisierten, werde sich diese Feindschaft nicht nach dem Willen Frankreichs regeln lassen und nicht in einer Defensivpolitik enden, wie dies Frankreich möchte, sondern zu einer ausgeprägten Einschüchterung, also negativen Politik führen. Die aufpeitschende französische Politik, die darauf hinzielt, eine angelsächsisch garantierte zugunsten der eigenen Privilegien zu erhalten, treibe mit anderen Worten zu einem imperialistischen Krieg, mit dem die angelsächsischen Rasse nach einmal verlorben werde, der Welt ihre eigene absolute Vorherrschaft im Namen der „Moral“, der „Berechtigkeit“ und der „Ordnung“ aufzuzwingen. Ein imperialistischer angelsächsischer Krieg gegen die autoritären Staaten würde aber mit Sicherheit und vor allem eines bedeuten: Frankreich unter dem unwiderstehlichen Zwang seiner eventuell Verbündeten zur Schlachtbank zu führen.

## Südafrika unter der Judenpeil

### Offene Worte im Kapstädter Parlament über das jüdische Ausbeutungssystem und die Machtansprüche jüdischer Finanzmagnaten

Kapstadt, 21. Febr. Im Kapstädter Parlament beklagte sich der nationale Abgeordnete Boonen über die mangelnde Sozialpolitik im Lande. Verantwortlich dafür sei das gegenwärtige jüdische Ausbeutungssystem. Das britische „Common-Wealth of Nations“ sei in Wahrheit ein jüdisches Common-Wealth. Deshalb brauche man sich nicht zu wundern, wenn die Büren gegen britische Bindungen auftrüben, das heiße gegen die Kontrolle und den Machtanspruch jüdischer Finanzmagnaten. Südafrika könne seiner notleidenden Bevölkerung nur wirklich helfen, wenn es die Bande zu England löse.

Der nationale Abgeordnete Werich, der im weiteren Verlauf der Sitzung das Wort nahm, verlangte eine höhere Besteuerung der Johannesburg Goldindustrie, deren Dividenden von 8 auf 17 Mill. Pfund gestiegen seien. Die Erhöhung des Goldpreises sei lediglich kapitalistisches Kriechen zugute gekommen. Daber fordere die nationale Opposition, daß der Erlös für südafrikanisches Gold, der 140 Schillinge je Unze übersteige, dem Staate verfallt.

## Neues Kabinett in Belgien

Brüssel, 22. Februar. Nach einer Ministerkrise von 13-tägiger Dauer wurde am Dienstag eine neue belgische Regierung unter der Ministerpräsidentenschaft des katholischen Senators Pierlot gebildet.

Das neue Kabinett Pierlot, das sich an Stelle der bisherigen 14 nur aus 11 Ministern zusammensetzt, umfaßt drei katholische und drei sozialdemokratische Parlamentarier und fünf Nichtparlamentarier, darunter der bisher noch nicht ernannte Kolonialminister, der aus dem kolonialen Verwaltungsdienst entnommen werden wird.

## Zusammentritt des Konklave

### endgültig am 1. März

Rom, 21. Febr. Der Zusammentritt des Konklave zur Wahl des neuen Papstes ist von der Generalkongregation endgültig auf Mittwoch, den 1. März, festgelegt worden. Am Konklave werden voraussichtlich nur 61 von den 62 Kardinälen teilnehmen, da Kardinal Boggiani erkrankt ist. Die Kardinäle werden am Mittwochnachmittag im Sakken in die traditionelle Klausur einströmen, während die erste Wahl Donnerstag, den 2. März, vormittags vor sich geht wird.